



Kinderrechte: Heftige Kritik an Anzeigepflicht

Wien – Experten des Netzwerks „Kinderrechte Österreich“ übten am Montag heftige Kritik am Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Anzeigepflicht bei Verdacht auf Kindesmisshandlung oder -missbrauch. Derzeit sind Ausnahmen im Sinne der Opfer noch möglich. Eltern, Lehrer, Erzieher oder Ärzte müssen nur bei konkretem Verdacht Anzeige erstatten. Durch die Gesetzesnovelle befürchten die Experten, dass die Dunkelziffern ansteigen, da sich infolge Minderjährige den Erwachsenen weniger anvertrauen würden. Das Justizministerium reagierte umgehend auf die Kritik. Es werde „sicher noch Änderungen geben“, sagt Thomas Geiblinger, Sprecher der Justizministerin. Der Begutachtungsentwurf diene vor allem dazu, Stellungnahmen zu sichten. (APA)